



Ausschuss der Regionen

COTER-IV-011

**72. Plenartagung
28./29. November 2007**

**STELLUNGNAHME
des Ausschusses der Regionen**

**"VIERTER BERICHT ÜBER DEN WIRTSCHAFTLICHEN UND
SOZIALEN ZUSAMMENHALT"**

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

- stellt fest, dass trotz der Fortschritte, die die EU bei der Verringerung regionaler Unterschiede erreicht hat, weiterhin Ungleichheiten in der Entwicklung bestehen und Europa neue Herausforderungen (Globalisierung, Demografie, Klimawandel usw.) auf regionaler und lokaler Ebene zu bewältigen hat;
- vertritt die Auffassung, dass die Kohäsionspolitik wegen ihres horizontalen Ansatzes auch in Zukunft eine zentrale Rolle bei der Überwindung von Entwicklungsrückständen und bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf lokaler und regionaler Ebene übernehmen muss;
- ist überzeugt, dass der territoriale Zusammenhalt im Rahmen der Kohäsionspolitik einen wichtigeren Stellenwert einnehmen und, sobald der Reformvertrag ratifiziert ist, ein Querschnittsbereich der Sektorpolitiken sein wird;
- würde begrüßen, wenn die Europäische Kommission im 5. Zwischenbericht über wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt das Konzept über die Hebelwirkungen der Kohäsionspolitik aufgriffe und ein umfassendes Konzept über die künftigen Wechselwirkungen der EU-Politiken im Hinblick auf die Kohäsionspolitik vorlegen würde;
- bietet den Institutionen der EU und den lokalen und regionalen Akteuren seine Unterstützung bei der Ausarbeitung von Vorschlägen für die künftige Ausrichtung der europäischen Kohäsionspolitik an.

Berichterstatter

Dr. Michael Schneider, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten, Bevollmächtigter des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund (DE/EVP)

Referenzdokument

Vierter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt
KOM(2007) 273 endg.

I. POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

1. sieht sich durch die Ergebnisse des Vierten Berichts über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in seiner Grundauffassung bestärkt, dass die europäische Kohäsionspolitik eine tragende Säule des Grundsatzes der Solidarität und ein wesentlicher Erfolgsfaktor des europäischen Integrationsprozesses ist;
2. unterstreicht, dass die Kohäsionspolitik mit ihrem horizontalen Ansatz einen aktiven Beitrag zur Verringerung der Disparitäten und zur Stärkung der Chancengleichheit von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in Europa leistet und fordert, dass diese Politik daher auch in Zukunft eine zentrale Rolle bei der Überwindung von Entwicklungsrückständen und bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf lokaler und regionaler Ebene spielen muss;
3. begrüßt, dass in Zukunft auch Fragen des territorialen Zusammenhalts stärker als bisher von der Kohäsionspolitik aufgegriffen werden können und fordert, die neuen Möglichkeiten aus dem künftigen Vertrag über die Arbeitsweise der Union im Hinblick auf die territoriale Kohäsion aktiv zu nutzen;
4. fordert die Europäische Kommission auf, im 5. Zwischenbericht über wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt das Konzept über die Hebelwirkungen der Kohäsionspolitik aufzugreifen und ein umfassendes Konzept über die künftigen Wechselwirkungen der EU-Politiken im Hinblick auf die Kohäsionspolitik vorzulegen;
5. bietet seine Zusammenarbeit und Unterstützung an, um im Zuge einer breiten Einbindung von lokalen und regionalen Akteuren ausgehend von der umfassenden Bewertung des erreichten Standes Vorschläge für die künftige Ausrichtung der europäischen Kohäsionspolitik zu erarbeiten;

Detaillierte Stellungnahme

6. in Erwägung der durch Artikel 159 des EU-Vertrages beschriebenen Aufgabe der Europäischen Kommission, alle drei Jahre einen Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa vorzulegen;
7. in Würdigung der zentralen Rolle, die die Kohäsionsberichte in der Vergangenheit für die Debatte über die und die Entwicklung der Kohäsionspolitik gespielt haben;
8. mit dem Wissen, dass der von der Europäischen Kommission am 30. Mai 2007 vorgelegte vierte Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt einen zentralen Beitrag über den aktuellen Stand der Kohäsionspolitik in Europa und den Beginn der Debatte über die künftige Ausgestaltung der Regionalpolitik darstellt;

9. im Bewusstsein der Tatsache, dass die Zukunftsdebatte über die künftige Ausgestaltung der Kohäsionspolitik in engem Zusammenhang mit dem im September vorzulegenden Fragenkatalog der Europäischen Kommission zur künftigen Finanzreform der EU stehen wird;
10. in der Erkenntnis, dass es daher derzeit noch nicht darum geht, auf der Basis der heutigen Datenlage vorschnelle Schlüsse und Schlussfolgerungen für die Kohäsionspolitik nach 2013 zu ziehen, sondern es vielmehr notwendig ist, die Debatte im Ausschuss der Regionen und mit anderen europäischen Institutionen in den nächsten Jahren sinnvoll zu strukturieren, gemeinsame Kooperations- und Diskussionsforen zu schaffen und die Debatte schrittweise voranzubringen;

Der Mehrwert der Kohäsionspolitik

11. unterstützt die Aussage der Europäischen Kommission, dass sich der Mehrwert der europäischen Kohäsionspolitik nicht nur in der Förderung von Wachstum und Beschäftigung in Regionen mit Entwicklungsrückstand manifestiert, sondern dass er sich positiv in vielen Aspekten der Programmierung, Umsetzung, Beteiligung von lokalen und regionalen Akteuren sowie der Stärkung administrativer Fähigkeiten niederschlägt;
12. sieht in der umfassenden Darstellung des Mehrwertes der europäischen Kohäsionspolitik eine zentrale Aufgabe, um auch in Zukunft eine ausreichende und effiziente Kohäsionspolitik auf europäischer Ebene zu gewährleisten;
13. bedauert, dass der Kohäsionsbericht nicht auf die umfassenden Analysen von Ausschuss der Regionen und Europäischem Parlament über die Hebelwirkungen der Kohäsionspolitik Bezug genommen hat. In diesen Stellungnahmen wurde erstmals ein Rahmen entwickelt, um die verschiedenen Dimensionen des Mehrwertes der europäischen Kohäsionspolitik zu erfassen; der Ausschuss sieht in seiner Prospektivstellungnahme über die Hebelwirkungen der Kohäsionspolitik einen geeigneten inhaltlichen Rahmen für eine einheitliche Bewertung des europäischen Mehrwertes;
14. ruft daher die EU-Institutionen auf, sich im Zuge der weiteren Debatte auf ein gemeinsames Konzept zur Bestimmung des europäischen Mehrwertes der Kohäsionspolitik zu verständigen;

Die wirtschaftliche, soziale und territoriale Situation und Trends in den Mitgliedstaaten

15. sieht in der umfassenden Analyse der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Trends in den Mitgliedstaaten einen Parameter für die Bewertung und künftige Ausgestaltung der Kohäsionspolitik;

Wirtschaftlicher Zusammenhalt

16. weist darauf hin, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den ehemaligen Kohäsionsländern (Spanien, Griechenland, Portugal und vor allem Irland) zu beeindruckenden Ergebnissen geführt hat. So konnte Irland durch kontinuierlich hohe Wachstumsraten sich zu einem Mitgliedstaat entwickeln, der heute das zweithöchste BIP/Kopf der Bevölkerung in der Europäischen Union aufweist;
17. unterstreicht die Geschwindigkeit, mit der teilweise der Aufholprozess in den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union stattgefunden hat. So konnten die drei baltischen Staaten ihr BIP in der Zeit von 1995 bis 2005 verdoppeln;
18. begrüßt die Tatsache, dass sich der Abstand der 20% der reichsten Regionen zu den 20% der ärmsten Regionen in der EU in der Zeit von 1995 bis 2004 von 4,1 auf 3,4 reduziert hat. Der Ausschuss der Regionen weist allerdings darauf hin, dass die betreffenden Regionen am unteren Ende der Wohlstandsskala 1995 noch keine Mitglieder der EU waren und sich die beschriebenen sozioökonomischen Disparitäten im Inneren der Europäischen Union mit der EU-Erweiterung erheblich vergrößert haben;
19. unterstreicht die Erkenntnis, dass zwischen 1995 und 2005 insgesamt 5 Regionen der EU-15 trotz eines BIP oberhalb der 75%-Schwelle ein negatives Wirtschaftswachstum aufwiesen. Im gleichen Zeitraum konnten alle Hauptstädte der EU außer der deutschen Hauptstadt ihren Anteil am nationalen BIP erhöhen oder zumindest bewahren;
20. weist auf die Aussagen des Kohäsionsberichtes hin, dass trotz hoher Wachstumsraten in den neu beigetretenen Ländern der Angleichungsprozess noch bis zu 20 Jahre dauern wird, um die Schwelle von 75% des gemeinschaftsweiten BIP zu überschreiten. Diese zeitlichen Annahmen lassen sich aber nur bei einem entsprechenden günstigen Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung erreichen;
21. teilt in diesem Zusammenhang die Hoffnung der Kommission, dass bei gleich bleibenden Wachstumspfaden in den neuen Mitgliedstaaten im Jahr 2016 möglicherweise 6 der 12 Länder die Schwelle von 75% des EU-Durchschnitts bezüglich des BIP/pro Kopf erreicht haben werden;
22. nimmt die Feststellung des Kohäsionsberichts zur Kenntnis, dass die Kohäsionslücke durch die Unterschiede in der Produktivitätsrate und der Beschäftigungsrate auf regionaler Ebene erklärt wird, und weist darauf hin, dass das BIP pro Kopf nach wie vor große Bedeutung als Indikator für die Kohäsionslücke und als allgemeiner Wohlfahrtsindikator hat;
23. nimmt mit Sorge die Feststellung des Kohäsionsberichts zur Kenntnis, wonach die Angleichung zwischen den Mitgliedstaaten in den vergangenen Jahren fortgeschritten ist, aber gleichzeitig die Entwicklungsunterschiede innerhalb der Mitgliedstaaten angewachsen sind,

und fordert, dass in Zukunft auch etwaige intraregionale Entwicklungsunterschiede untersucht werden;

24. betont die im Kohäsionsbericht gemachten Aussagen über Bestimmungsfaktoren für die regionale Wettbewerbsfähigkeit von Regionen, wonach folgende Faktoren von besonderer Bedeutung sind:
 - Verlässliche makroökonomische Rahmenbedingungen,
 - Effiziente und effektive Verwaltung,
 - Bestehende materielle und immaterielle Infrastrukturen im Bereich Verkehr, Energie, Ver- und Entsorgung, IT etc. sowie soziale Dienstleistungen,
 - Innovationsfähigkeit und Innovationstätigkeit auf regionaler Ebene sowie
 - Umweltschutz und Lebensbedingungen;
25. stellt im Hinblick auf die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den Regionen mit Sorge fest, dass in mehr als 100 Regionen in Europa die Ausgaben für Forschung und Entwicklung unter 1% des BIP liegen, während gleichzeitig im Bericht festgestellt wird, dass ein direkter Zusammenhang zwischen Innovationsfähigkeit und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Entwicklung hergestellt werden kann;
26. unterstreicht die Aussagen des Kohäsionsberichtes, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen auch davon abhängen wird, dauerhaft qualifizierte Arbeitskräfte durch Investitionen in das Humankapital bereitzustellen, und stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die Unterschiede in den Qualifikationsniveaus zwischen den Regionen weit größer sind als zwischen den Mitgliedstaaten in der Europäischen Union;
27. sieht es als besonders bedenklich an, dass der Anteil von jungen Menschen im Alter von 25-34 mit tertiärer Erziehung in den Regionen mit Entwicklungsrückstand um 5 Prozentpunkte niedriger ist als in anderen Regionen;
28. weist aber auch darauf hin, dass es in vielen Regionen mit Entwicklungsrückstand erhebliche Anstrengungen gegeben hat, um diese Lücken zu schließen. Diese Anstrengungen werden jedoch oftmals nicht für die Region wirksam, da nach Abschluss der Ausbildung viele dieser Menschen entwicklungschwache Regionen verlassen. Von daher muss Kohäsionspolitik in der Zukunft verstärkt auch bevölkerungspolitische Aspekte berücksichtigen und attraktive Alternativen zur Abwanderung schaffen helfen;
29. weist im Hinblick auf die künftige kohäsionspolitische Rolle der Energiepolitik darauf hin, dass in Europa die Mitgliedstaaten mit einem hohen Wohlstand den geringsten Energieverbrauch pro Kopf der Bevölkerung haben. Somit wird ein Anstieg der Energiepreise vor allem die schwächsten Mitgliedstaaten und Regionen in der EU treffen;
30. unterstreicht daher in diesem Zusammenhang die Rolle der Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Rahmen der Regionalpolitik;

Sozialer Zusammenhalt

31. sieht die Feststellung des Kohäsionsberichts mit Sorge, dass das im Rahmen des Lissabon-Prozesses festgelegte Ziel einer Beschäftigungsrate von 70% der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter noch auf längere Zeit verfehlt werden wird;
32. sieht in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eine wichtige Aufgabe der Kohäsionspolitik und unterstreicht die Aussagen des Kohäsionsberichts, wonach die Arbeitslosenrate für Jugendliche mit 18,6% doppelt so hoch ist wie die allgemeine Arbeitslosenrate;
33. unterstreicht die Feststellung des Kohäsionsberichts, dass die regionalen Unterschiede in den Arbeitslosenraten in der Europäischen Union in den vergangenen Jahren geringer geworden sind, indem der Abstand der reichsten und ärmsten 10% der Regionen in der Zeit von 2000-2005 von 19 auf 16 Prozentpunkte zurückgegangen ist;
34. sieht in der Tatsache, dass die Arbeitslosenrate in den Regionen mit Entwicklungsrückstand in der Zeit von 2000-2005 von durchschnittlich 13,4% auf 12,4% zurückgegangen ist, einen Beleg für den Erfolg der Kohäsionspolitik. Weist aber gleichzeitig darauf hin, dass die Erwerbslosenquote in 17 Regionen mit Entwicklungsrückstand über zwei Prozentpunkte angestiegen ist und dass die weiter entwickelten Regionen eine durchschnittliche Arbeitslosenrate von knapp 8% im Vergleichszeitraum haben und somit der Abstand der durchschnittlichen Arbeitslosenraten zwischen beiden Gruppen von Regionen noch mehr als 50% beträgt. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Regionen mit Entwicklungsrückstand bleibt somit eines der vorrangigen Ziele der Kohäsionspolitik;
35. unterstreicht die Aussagen der Kommission zur Auswirkung des demographischen Wandels auf den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, wonach die geringere Geburtenrate langfristig die wirtschaftliche Entwicklung in Europa stark einschränken wird. Danach ist bis 2011 nur mit relativ geringen Auswirkungen zu rechnen, da bis dahin die geburtenstarken Jahrgänge noch ökonomisch aktiv sind, in der Zeit von 2012-2017 kann der Rückgang von jungen Arbeitskräften durch eine höhere Beschäftigungsrate aufgefangen werden, nach 2017 schließlich werden diese Möglichkeiten ausgeschöpft sein. Hier besteht vor allem Handlungsbedarf für die Bevölkerungspolitik in den Mitgliedstaaten. Gleichzeitig muss aber auch den demographischen Faktoren in der künftigen Ausgestaltung der Kohäsionspolitik verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dabei müssen auch die unterschiedlichen demographischen Entwicklungen in den Regionen stärker berücksichtigt werden, so können die Effekte des demographischen Wandels in einigen Regionen wesentlich früher eintreten, dort sind frühzeitige Handlungsmöglichkeiten nötig;
36. nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass neben dem allgemeinen Trend niedriger Geburtenraten insgesamt 77 NUTS-2-Gebiete in Europa im Zeitraum 2000-2004 auch teilweise erhebliche Abwanderungen (vorrangig von jungen Menschen) zu verzeichnen hatten. Deren wirtschaftliche und soziale Entwicklungsmöglichkeiten werden durch die Überlagerung beider Effekte noch weiter eingeschränkt;

37. weist darauf hin, dass in vielen Großstädten die Tendenz zu einem relativen Bevölkerungsrückgang mit einem Bevölkerungswachstum des Umlands einhergeht. Dies läuft parallel mit dem Wachstum innerstädtischer Disparitäten hinsichtlich der Beschäftigung oder auch dem Bevölkerungsanteil von Migranten, die die Integrationsleistung der Städte vor eine große Herausforderung stellt;
38. merkt an, dass die Analysen zum Thema Armut und Kohäsion im Kohäsionsbericht aufgrund unterschiedlicher Bezugszeiträume und fehlender Vergleiche mit den Aussagen früherer Berichte teilweise deskriptiv und ohne eine klare Bewertung der kohäsionspolitischen Zusammenhänge sind, und fordert die Kommission auf, diesen Zusammenhängen im nächsten Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt mehr Aufmerksamkeit zu widmen;

Territorialer Zusammenhalt

39. weist auf die Aussage des Kohäsionsberichtes hin, dass das Anwachsen der Entwicklungsunterschiede innerhalb der Mitgliedstaaten vor allem auf das Wachstum der Metropolregionen zurückzuführen ist, und unterstützt die Feststellung der Kommission, dass stärker auf Ausgleich und auf die Förderung von Wachstum und Beschäftigung ausgerichtete Politikansätze in den Mitgliedstaaten für die Weiterentwicklung der Regionalpolitik notwendig sind;
40. begrüßt in diesem Zusammenhang, dass erstmals auch ein europäisches Audit der Mittelstädte in die Analyse des Kohäsionsberichtes aufgenommen wurde, und weist in diesem Zusammenhang auf die vielschichtigen Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Umland, z.B. im Hinblick auf Pendlerbewegungen, hin;
41. weist auf fortbestehende Entwicklungsrückstände in vielen ultraperipheren Gebieten der Europäischen Union hin und nimmt die im Kohäsionsbericht dargelegten sehr unterschiedlichen und bedeutenden Herausforderungen in den Berggebieten, dünn besiedelten Gebieten und Inseln der Union im Hinblick auf die Bereitstellung von grundlegenden Dienstleistungen und Infrastrukturen zur Kenntnis;
42. unterstreicht die Herausforderung in vielen ländlichen Räumen, die Abwanderung zu stoppen bzw. regionalverträglich zu gestalten. Dabei darf nicht unterschätzt werden, welcher enormer Strukturwandel in den neuen Mitgliedstaaten aufgrund der hohen Beschäftigungsraten im landwirtschaftlichen Bereich noch bevorsteht. Es ist zu befürchten, dass diese Abwanderungstrends in vielen ländlichen Gebieten der EU auch künftig anhalten werden. Der europäische Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung der ländlichen Gebiete sollte daher eine wichtige Rolle spielen, um diesen Herausforderungen zu begegnen;
43. weist in diesem Zusammenhang auf die Beziehung zwischen städtischen und ländlichen Gebieten hin und unterstreicht die Feststellung des Kohäsionsberichts, dass für eine integrierte Entwicklung dieser Gebiete abgestimmte Raumnutzungskonzepte und ein strategisches

Flächenmanagement notwendig sind. Dabei ist unbestreitbar, dass Städte auch als Entwicklungspole für ländliche Räume dienen;

44. bedauert in diesem Zusammenhang, dass die Arbeiten im Rat und im Ausschuss der Regionen über die Territoriale Agenda und die "Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt" nicht im Kohäsionsbericht berücksichtigt wurden, und verweist insbesondere auf die Schlussfolgerungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zum informellen Ministertreffen zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt am 24. und 25. Mai 2007 in Leipzig;
45. fordert die Europäische Kommission auf, den Ausschuss der Regionen bei der Erarbeitung der in den Schlussfolgerungen von Leipzig vorgesehenen Berichte (Strategiebericht mit einer Analyse, wie sich die Berücksichtigung der städtischen und territorialen Dimension in den Strukturfondsprogrammen unterstützend auf die integrierte Stadtentwicklung und den territorialen Zusammenhalt ausgewirkt hat bis 1. April 2010; Bericht zum territorialen Zusammenhalt als Beitrag zur Debatte über die Herstellung von Synergien zwischen den Prioritäten der Territorialen Agenda und der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt bis 2008) frühzeitig einzubinden;
46. unterstützt erstens die derzeit im Europäischen Parlament laufende Debatte über eine inhaltliche Ausgestaltung der territorialen Kohäsion sowie geeigneter Indikatoren und zweitens die Bitte des Rates an die Präsidentschaft Slowenien, die Territoriale Agenda und die Leipzig-Charta in die Vorbereitungen für den Europäischen Rat im Frühjahr 2008 einzubringen;

Auswirkungen der Kohäsionspolitik

47. weist auf die Aussagen des Kohäsionsberichtes hin, dass die Strukturfonds im Zeitraum 2000-2006 vorrangig in den Bereichen: Infrastruktur, produktive Investitionen und Investitionen in Menschen eingesetzt wurden und die Mittel aus dem Kohäsionsfonds zu gleichen Teilen für Umweltmaßnahmen und Transportinfrastrukturen zum Einsatz kamen;
48. unterstreicht die Berechnungen des Kohäsionsberichtes auf Basis des HERMIN-Modells, wonach das absolute BIP in den meisten neuen Mitgliedstaaten im Förderzeitraum bis zu 2,8% höher ausgefallen ist und rund 570 000 Arbeitsplätze mehr geschaffen wurden als ohne den Einsatz der Kohäsionspolitik. Bis zum Jahr 2015 werden unter Einbeziehung der Förderperiode 2007-2013 BIP-Effekte von bis zu 9,3% und 2 Millionen neu geschaffene Arbeitsplätze erwartet; der Ausschuss sieht darin eine gute Grundlage für die Beurteilung der Auswirkungen der Kohäsionspolitik;
49. weist auf die Berechnungen des EcoMod-Modells hin, wonach bis zum Jahr 2020 das BIP in der Slowakischen Republik, Litauen, Lettland und Bulgarien um 15% höher ausfallen wird als heute;

50. unterstreicht die Feststellung des Kohäsionsberichtes, dass in den Ziel-2-Gebieten in Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, Spanien, Schweden und Großbritannien im Förderzeitraum 2000-2006 insgesamt 450 000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden;
51. bewertet die Ergebnisse des Kohäsionsberichtes positiv, wonach in den thematischen Interventionsbereichen der Kohäsionspolitik erhebliche Verbesserungen eingetreten sind. So hat sich beispielsweise im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur die Dichte des Autobahnnetzes in Spanien und Portugal in der Zeit von 1995-2004 um knapp 48% bzw. um 200% verbessert;
52. unterstreicht die Tatsache, dass im Hinblick auf die Umweltinfrastruktur der Kohäsionsfonds zu einem Anstieg der öffentlichen Ausgaben in der Zeit von 1993-2002 um 37% in den Empfängerländern geführt hat;
53. teilt daher die Einschätzung des Kohäsionsberichts, dass auch in Zukunft Ausgaben für den Ausbau der Umweltinfrastruktur (insbesondere der Ver- und Entsorgung) in den neuen Mitgliedstaaten von besonderer Bedeutung sein werden;
54. hebt die besondere Rolle der Kohäsionspolitik für die Förderung von Forschung und Entwicklung in den Regionen hervor. Danach waren die Strukturfonds zwischen 5% in Spanien und 18% in Litauen für FuE-Ausgaben in diesen Ländern verantwortlich;
55. hält die Aussagen des Berichts über spezifische Auswirkungen der Kohäsionspolitik auf kleine und mittlere Betriebe für nicht ausreichend und fordert die Kommission auf, im nächsten Zwischenbericht stärker auf die Wirkungen der Strukturpolitik auf KMU einzugehen;
56. unterstreicht die Rolle der Kohäsionspolitik für die Entwicklung der Humanressourcen. Danach wurden im vergangenen Förderzeitraum rund 69 Mrd. EUR für den verbesserten Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt (6%), Förderung der Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte (22%), Maßnahmen für das lebenslange Lernen (23%), Gleichberechtigung und soziale Eingliederung (18%) sowie für aktive Arbeitsmarktpolitiken (30%) eingesetzt. Dadurch konnte - so der Kohäsionsbericht - die Arbeitsproduktivität um 5% erhöht werden;
57. bewertet die Maßnahmen für den ländlichen Raum grundsätzlich positiv, die im vergangenen Förderzeitraum im Rahmen des EAGFL-Abteilung Ausrichtung mit einer Summe von 14 Mrd. EUR zum Einsatz kamen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass die Instrumente der Regionalpolitik und der Agrarpolitik für den ländlichen Raum künftig insbesondere auch im Hinblick auf die Erreichung der Lissabon-Ziele besser aufeinander abgestimmt werden müssen. Hierin besteht eine der größten Herausforderungen der laufenden Förderperiode, zumal erstmals das Instrument zum ländlichen Raum nicht mehr in der Regionalpolitik verankert ist;
58. unterstreicht die positive Rolle des Programms INTERREG, mit dem in der Förderperiode 2000-2006 insgesamt 5,8 Mrd. EUR für die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit eingesetzt wurden. Gerade für die Zusammenarbeit an den Grenzen

und beim europäischen Erfahrungsaustausch haben diese Programme ihren festen Platz, um das Zusammenwachsen der Regionen in Europa aktiv zu begleiten;

59. bewertet auch die Maßnahmen im Rahmen von URBAN II positiv, mit dem im vergangenen Förderzeitraum 70 Städten und 2,2 Millionen Bewohnern Unterstützung zuteil wurde, um soziale und wirtschaftliche Herausforderungen in urbanen Gebieten zu begegnen. Gleichzeitig besteht jedoch weiter Handlungsbedarf, die Wirksamkeit städtepolitischer Maßnahmen im Rahmen der Kohäsionspolitik zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung im Rahmen der Operationellen Programme zu erhöhen;
60. unterstreicht auch die Rolle von EQUAL, mit dem in den letzten 7 Jahren mit einer Summe von 3,27 Mrd. EUR rund 3 000 Projekte in den Mitgliedstaaten zur Förderung des Erfahrungsaustausches zur Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie durchgeführt wurden;
61. würdigt auch die Arbeit der Europäischen Investitionsbank, die in der Förderperiode 2000-2006 rund 71% ihrer Mittel für Projekte im Bereich der Regionalpolitik eingesetzt hat;
62. weist darauf hin, dass die gesamten Auswirkungen der Förderperiode 2000-2006 erst 2008 mit dem Abschluss der Zahlungen aus dieser Periode gemessen werden können, und bittet daher die Kommission, die Bewertung der Förderperiode 2000 bis 2006 in den Mittelpunkt des nächsten Kohäsionsberichts zu stellen;

Auswirkungen nationaler Politiken auf den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt

63. stellt fest, dass die Anstrengungen der Mitgliedstaaten für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt vor dem Hintergrund von allgemeiner Haushaltskonsolidierung und nationaler Reformanstrengungen zur Erreichung der modifizierten Lissabon-Strategie stattfinden;
64. nimmt vor diesem Hintergrund zur Kenntnis, dass in vielen Mitgliedstaaten mit Ausnahme der Kohäsionsländer die öffentlichen Investitionen von 2,9% des BIP im Jahre 1993 auf 2,4% im Jahr 2005 reduziert wurden. Demgegenüber sind die öffentlichen Investitionsausgaben in den 2004 beigetretenen Staaten stark angestiegen und liegen derzeit um rund 50% über denjenigen der übrigen Mitgliedstaaten;
65. stellt fest, dass die erhöhten Ausgaben in den neuen Mitgliedstaaten bei gleichzeitig durchgeführten Konsolidierungsmaßnahmen erfolgt sind;
66. unterstreicht den allgemeinen Trend, dass trotz der schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte durch Umschichtungen die Mittel für Maßnahmen im Bereich des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts im Bereich der wirtschaftsnahen Investitionen nur gering gesunken bzw. sogar noch angestiegen sind;

67. bedauert, dass im Hinblick auf die Analyse der öffentlichen Haushalte die Sondersituation in einzelnen Ländern, beispielsweise die Notwendigkeit der Konsolidierung der öffentlichen Ausgaben im Nachgang zur deutschen Einigung, nur ungenügend berücksichtigt wurde;
68. begrüßt den allgemeinen Trend in vielen Mitgliedstaaten, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften stärker als Akteure für öffentliche Investitionen zu berücksichtigen, wie dies - laut Kohäsionsbericht - vor allem in Dänemark, Spanien, Italien, Portugal, Großbritannien und Finnland der Fall gewesen ist, indem dort der Anteil der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften an den öffentlichen Investitionen im Zeitraum von 1995-2004 um bis zu 10% angestiegen ist;
69. nimmt zur Kenntnis, dass der Anteil der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften an den öffentlichen Investitionsausgaben in den neuen Mitgliedstaaten bis auf Polen, Tschechien und Lettland weit unterhalb von 50% der öffentlichen Investitionsausgaben liegt;
70. unterstreicht die Feststellung des Kohäsionsberichtes, dass es einen Zusammenhang von Absorptionsrate und Qualität der Investitionsprojekte einerseits mit dem Grad der Dezentralisierung andererseits gibt, soweit auf dezentraler Ebene leistungsfähige Administrationen vorhanden sind;
71. nimmt die Aussagen des Kohäsionsberichtes über die Beziehung zwischen hohen Transferleistungen aus den Strukturfonds und der Entwicklung der wirtschaftlichen Stabilität in den neuen Mitgliedsländern mit Befriedigung zur Kenntnis. Danach konnte in den neuen Mitgliedstaaten ein hohes Wachstum mit einer Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erreicht werden. Damit wird eindrucksvoll deutlich, wie sich das europäische Policy-Mix von finanzpolitischer Stabilität im Hinblick auf den Euro sowie die Intervention durch die Strukturfonds im Hinblick auf Wachstum und Kohäsion ausgewirkt haben. Diese Kombination hat auch erlaubt, dass die Wechselkurse in den vergangenen Jahren sich relativ stabil zum Euro verhielten;

Auswirkung der Gemeinschaftspolitiken auf den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt

72. unterstreicht im Hinblick auf die europäische Forschungs- und Innovationspolitik, dass sich die Programme vorrangig an der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit Europas im internationalen Vergleich ausrichten. Daher werden die dafür vorgesehenen Mittel im Rahmen von EU-weiten Ausschreibungen vergeben;
73. nimmt daher zur Kenntnis, dass nur 18% der Einrichtungen, die sich am 6. Forschungsrahmenprogramm beteiligt haben, aus Regionen mit Entwicklungsrückstand stammen, und unterstützt die Auffassung des Kohäsionsberichts, dass die Europäische Forschungsförderung und die Kohäsionspolitik in ihrem Ziel zur Verbesserung der Forschung und Entwicklung in Europa komplementäre Ziele verfolgen, und begrüßt gleichzeitig, dass im Rahmen des 7. Forschungsprogramms Initiativen wie KnowReg2 die regionale Dimension in der europäischen Forschungsförderung stärken;

74. unterstreicht im Hinblick auf das Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) dass dieses Programm beispielsweise mit Richtung auf die Förderung von KMU oder der erneuerbaren Energien die kohäsionspolitischen Maßnahmen sinnvoll ergänzen kann;
75. unterstreicht im Hinblick auf die europäische Wettbewerbspolitik die Aussagen des Kohäsionsberichts, dass die staatlichen Beihilfen für Regionen mit Entwicklungsrückstand nach Artikel 87 Absatz 3a EG-Vertrag von 19 Mrd. EUR in 2003 auf 11 Mrd. EUR im Jahre 2005 zurückgegangen sind;
76. weist darauf hin, dass parallel zum Absinken der Beihilfen nach Artikel 87 Absatz 3a EG-Vertrag die staatlichen Hilfen in den Kohäsionsländern zunehmend auf die Lissabon- und Göteborg-Ziele (Umwelt, Regionalhilfen, KMU, Beschäftigung, Ausbildung und Forschung) ausgerichtet wurden. Über die Hälfte der Mitgliedstaaten haben ihre Hilfen auf diese horizontalen Ziele konzentriert;
77. nimmt zur Kenntnis, dass trotz Erweiterung der Europäischen Union im neuen Förderzeitraum nur 34% der Bevölkerung in Gebieten mit Entwicklungsrückstand gemäß Artikel 87 Absatz 3a des EG-Vertrages leben;
78. nimmt die Aussagen des Kohäsionsberichts zur Kenntnis, dass die Marktordnungen der Gemeinsamen Agrarpolitik vor allem stärkere Regionen mit größeren Produktionseinheiten bevorzugen, und unterstreicht daher die Notwendigkeit, dass die Instrumente zur Entwicklung des ländlichen Raums im laufenden Förderzeitraum vor allem auch in Konvergenzregionen zum Einsatz kommen müssen, und begrüßt die Möglichkeit, über die Modulation den Mittelansatz für die ländliche Entwicklung im laufenden Förderzeitraum noch zu erhöhen;
79. weist auf die Herausforderung hin, vor allem in Ländern mit hohem Anteil landwirtschaftlicher Beschäftigung in den nächsten Jahren einen Übergang zu einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft und gleichzeitiger Diversifizierung der Wirtschaftsaktivitäten in ländlichen Räumen zu verbinden;
80. unterstreicht die Aussagen des Kohäsionsberichtes, wonach im Hinblick auf das EU-Budget die Kohäsionspolitik eine zentrale Rolle im Aufbau der Europäischen Union gespielt hat, um jedem Bürger in der Union eine gleichberechtigte Teilnahme am europäischen Binnenmarkt zu erlauben;
81. nimmt im Hinblick auf die europäische Haushaltspolitik zur Kenntnis, dass die Kohäsionspolitik derzeit rund ein Drittel der Ausgaben der EU ausmacht und im Jahr 2013 rund 54,2 Mrd. EUR erreichen wird, und weist darauf hin, dass der relative Anteil der Kohäsionspolitik, gemessen am BIP der Union, im Jahre 2013 auf rund 0,35% zurückgehen wird - im Vergleich zu knapp 0,4% im Jahr 2004;

82. unterstreicht, dass aufgrund der Erweiterung der EU am Ende der laufenden Förderperiode rund 85% der Kohäsionsmittel in die Regionen mit Entwicklungsrückstand im Vergleich zu 56% im Jahr 1989 fließen werden. Die neuen Mitgliedstaaten werden dann voraussichtlich 52% der gesamten Kohäsionsmittel erhalten, obwohl sie nur 21% der Bevölkerung stellen;
83. bedauert, dass in dem betreffenden Kapitel dieses Kohäsionsberichts noch kein umfassendes Konzept über die Stärkung der Wechselwirkungen zwischen der Kohäsionspolitik und den übrigen Gemeinschaftspolitiken vorgelegt wird, und fordert die Kommission auf, dies im Hinblick auf die beabsichtigte Reform des EU-Finanzsystems in einem der nächsten Zwischenberichte nachzuholen;
84. unterstreicht die Notwendigkeit eines Dialogs zwischen allen beteiligten Akteuren zur Untersuchung und Berücksichtigung von möglichen Auswirkungen der europäischen Gesetzgebung auf eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung sowie einer besseren Koordinierung der EU-Politik und EU-Initiativen, die die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften betreffen, im Rahmen von bestehenden Verfahren (zum Beispiel Folgenabschätzung) und ersucht die Europäische Kommission um frühzeitige Einbindung in diese Prozesse;

Die Reform der Kohäsionspolitik 2007-2013

85. nimmt die Aussagen des Kohäsionsberichts zur Kenntnis, dass die Reform der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007-2013 darauf abzielt, die bewährten Prinzipien im Hinblick auf Programmierung, Partnerschaft, Ko-Finanzierung und Evaluierung beizubehalten und Neuerungen im Hinblick auf einen stärker strategischen Ansatz, eine weitere Dezentralisierung, eine verbesserte Wirkung und schließlich auch durch eine vereinfachte Administration einzuführen;
86. unterstreicht die enge Anbindung der Kohäsionspolitik an die Lissabon-Strategie, die im Programmierungsprozess zu einer stärkeren Ausrichtung der Programme auf Wachstum und Beschäftigung geführt hat. Dies lässt sich aber nur gewährleisten, wenn in den Mitgliedstaaten ein enger Austausch zwischen den für Kohäsions- und Strukturpolitik zuständigen Stellen und den Einrichtungen besteht, die für die Erarbeitung der Nationalen Reformpläne verantwortlich zeichnen;
87. unterstreicht im Hinblick auf den Einsatz der Strukturfondsmittel für die Lissabon-Ziele ("Earmarking"), dass rund 64% der Konvergenz-Mittel und über 80% der Mittel aus dem Ziel Wettbewerbsfähigkeit für diese Bereiche zum Einsatz kommen und somit die gemeinsam gesetzten Ziele erreicht werden. Damit werden Investitionen für Wachstum und Beschäftigung in Höhe von 210 Mrd. EUR auf den Weg gebracht;
88. weist im Hinblick auf die Ausrichtung der Kohäsionspolitik auf die Lissabon-Ziele darauf hin, dass die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts eine eigenständige Zielsetzung der Europäischen Union ist. Insofern darf nicht der Eindruck erweckt werden, dass die Kohäsionspolitik ausschließlich der Umsetzung der Lissabon-Ziele diene;

89. würdigt den Versuch der Europäischen Kommission, durch eine einheitliche Fondsverordnung, die die bisher bestehenden 10 Verordnungen abgelöst hat, mehr Transparenz und Rechtsklarheit zu schaffen. Dies gilt auch für die Integration des Kohäsionsfonds in die allgemeine Fondsverordnung;
90. macht deutlich, dass eine umfassende Bewertung der Auswirkungen der Reform auf die Programmierung und Umsetzung der Strukturfonds erst nach Genehmigung und nach Anlaufen der Operationellen Programme möglich ist, und fordert die Europäische Kommission auf, diese Bewertung in einem ihrer nächsten Berichte vorzunehmen;
91. fordert, dass angesichts der zentralen Bedeutung der europäischen Städte für die Erreichung der Ziele der Strategien von Lissabon und Göteborg sowie für die soziale Integration - etwa von Zuwanderern - im 5. Kohäsionsbericht die städtische Dimension in einem eigenen Kapitel behandelt wird;

Neue Herausforderungen

92. ist der Ansicht, dass der Vierte Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt den Auftakt zur Debatte über die künftige Ausgestaltung der Kohäsionspolitik für die Zeit nach 2013 darstellt und dass dafür eine umfassende Analyse der künftigen Herausforderungen der Kohäsionspolitik notwendig ist, sieht in den Aussagen der Mitteilung zum Vierten Kohäsionsbericht einen ersten Schritt in diese Richtung und unterstreicht, dass die in diesem Bericht ermittelten Herausforderungen nicht nur in der Kohäsionspolitik, sondern auch in anderen EU-Politikbereichen aufgegriffen werden sollten;
93. unterstreicht den im Zuge der Globalisierung und der Erweiterung notwendigen Umstrukturierungs- und Modernisierungsdruck in den Mitgliedstaaten und vor allem auf lokaler und regionaler Ebene und weist auf die Aussagen des Kohäsionsberichtes hin, dass sich die Auswirkungen der Globalisierung auf die Wirtschaftszweige und Regionen unterschiedlich gestalten werden, und ist sich der Tatsache bewusst, dass dieser Anpassungsbedarf nicht nur in den Regionen mit Entwicklungsrückstand sondern auch in anderen Regionen der EU auftreten wird. In diesem Zusammenhang ist auch das kulturelle Erbe der Regionen zu berücksichtigen;
94. weist aber auch darauf hin, dass eine zentrale Herausforderung der Kohäsionspolitik darin liegt, durch die Förderung der technologischen Entwicklung und der Aus- und Weiterbildung die Anpassungsfähigkeit an den wirtschaftlichen Wandel zu forcieren, um so die Chancen der Globalisierung nutzen zu können;
95. stellt fest, dass sich auch der Klimawandel unterschiedlich auf die Regionen in Europa auswirken wird, indem sich beispielsweise im Hinblick auf den Hochwasserschutz und die sich ändernden klimatischen Gegebenheiten für die Landwirtschaft neuer Umstrukturierungs- und Anpassungsbedarf ergibt. Gleichzeitig eröffnet die Entwicklung erneuerbarer Energien aber auch neue Möglichkeiten für Wachstum und Beschäftigung sowie neue weltweite Märkte;

96. ist wie der Kohäsionsbericht der Meinung, dass steigende Energiepreise vor allem die Regionen treffen werden, in denen die Energieeffizienz niedrig ist und Wirtschaftssektoren mit hohem Energieverbrauch beheimatet sind. Gleichzeitig stellt diese Entwicklung auch die Regionen an der Peripherie und in äußerster Randlage sowie die Inseln, die Berggebiete und die abgelegenen Regionen der EU vor die Herausforderung, trotz höherer Transportkosten das eigene Wachstumspotenzial zu erhalten;
97. unterstreicht die Feststellungen des Kohäsionsberichtes, dass der demografische Wandel sich sukzessiv zu einem zentralen Wachstums- und Entwicklungshemmnis für viele Regionen in der Europäischen Union entwickeln kann;
98. sieht in diesem Zusammenhang in Initiativen der Regionen zur Verbesserung des allgemeinen Bildungsniveaus und der Reduzierung der Schulabbrecherquoten eine wichtige Voraussetzung, um die Folgen der Alterung der Bevölkerung durch eine höhere Produktivität und Wertschöpfung zu lindern;

Die Zukunft der Kohäsionspolitik

99. weist darauf hin, dass die Debatte über die künftige Ausgestaltung der Kohäsionspolitik in den nächsten Jahren einhergehen wird mit der Diskussion über die Reform des EU-Haushaltes. Dazu sollen im kommenden Jahr Optionen entwickelt werden und die bestehenden EU-Politiken begutachtet werden. Gleichzeitig wird die Europäische Kommission im Fünften Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt einen weiteren Beitrag zur Debatte liefern;
100. sieht in den Fragen, die die Europäische Kommission in der Mitteilung zum Kohäsionsbericht aufgeworfen hat, einen ersten Beitrag zur Zukunftsdebatte und gibt für die Beantwortung der Fragen folgende erste Anregungen;

Inwieweit ist die Kohäsionspolitik auf die Herausforderung, vor denen die europäischen Regionen in den nächsten Jahren stehen, vorbereitet?

101. weist darauf hin, dass die europäischen Regionen die vor ihnen liegenden Herausforderungen nur bewältigen können, wenn eine Balance zwischen EU-weiten strategischen Leitlinien und der notwendigen Flexibilität für den Mitteleinsatz auf regionaler Ebene besteht;
102. sieht Handlungsbedarf darin, durch die Entwicklung von spezifischen Zukunftsstrategien in den Regionen frühzeitig künftige Herausforderungen zu identifizieren und durch EU-weite Regionalvergleiche die Position einzelner Regionen in Europa zu bestimmen. Dabei ist auch zu prüfen, ob und inwieweit neue Indikatoren für die Bewertung der Kohäsionspolitik notwendig sind;

103. unterstreicht die Notwendigkeit, den Ideenaustausch und die Zusammenarbeit zwischen Forschern, nationalen Forschungsinstituten und regionalen Studienverbänden bezüglich neuer Ansätze und Modelle für die Regionalpolitik zu beleben, um wirksamere Wege zur Verbreitung von Ideen und deren konkreter Anwendung bei dem Entwurf, der Umsetzung und der Bewertung von Maßnahmen zu suchen. Er schlägt der Europäischen Kommission vor, angemessene Mechanismen einzurichten, durch die die Zusammenarbeit, Vernetzung und Informationsverbreitung in diesem Bereich gefördert wird;

Welche Antwort kann die Regionalpolitik auf die Globalisierung geben?

104. sieht in der Globalisierung einen weiter fortschreitenden Vorgang struktureller Veränderung, der sowohl Chancen als auch Risiken für die Regionen und Kommunen in Europa bereithält;
105. ist der Ansicht, dass bestimmte wirtschaftliche und soziale Folgen der Globalisierung mit Hilfe der Regionalpolitik in geeigneter Weise angegangen werden können, da sie multi-sektorale und bürgernahe Lösungen bietet;
106. begrüßt die im Kohäsionsbericht erstmals durchgeführte intensivere Beschäftigung mit der Regionalpolitik in anderen Ländern, vor allem in den USA, Russland und China als einen wichtigen Beitrag, um auch einen weltweiten Vergleich und Informationsaustausch über regionale Entwicklungsstrategien zu erreichen;
107. fordert die Kommission auf, die regionalen und sektoralen Auswirkungen der Globalisierung auch in Zukunft stärker zu beleuchten, um so den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften wichtige Informationen über Trends und Herausforderungen der Globalisierung auf regionaler Ebene zu geben;
108. sieht vor allem in einer auf die Stärkung der Angebotsfaktoren aufbauenden vorausschauenden Regionalpolitik ein Mittel, um im weltweiten Wettbewerb um Märkte und Unternehmen auch künftig das erzielte Entwicklungsniveau halten zu können;
109. unterstreicht die Notwendigkeit, die Globalisierung als unumkehrbaren Prozess anzunehmen und durch Innovation und Leistungsfähigkeit regional angepasste Entwicklungsstrategien zu erarbeiten;

Welche Rolle kann die Kohäsionspolitik in Bezug auf den Klimawandel spielen?

110. sieht im Klimawandel eine der größten globalen Herausforderungen, die nur durch ein international abgestimmtes und integriertes Konzept mit zahlreichen Maßnahmebündeln bewältigt werden kann;

111. sieht die Rolle der Kohäsionspolitik vor allem darin, die Reduzierung der CO₂-Emissionen, die Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien insbesondere in Regionen mit Entwicklungsrückstand voranzubringen. Dabei kommt diesen Regionen zu gute, dass sich in diesem Bereich bereits heute neue Märkte und neue Unternehmen gebildet haben;
112. unterstreicht aber auch die Grenzen der Kohäsionspolitik, die beispielsweise nicht die Ergebnisse einer falschen Zuteilungspolitik oder die potentiellen Wettbewerbsverzerrungen im Emissionshandel ausgleichen kann;

Wie kann der Ansatz von Wachstum und Beschäftigung in der Kohäsionspolitik weiterentwickelt werden?

113. ist der Meinung, dass die Kohäsionspolitik auch in Zukunft auf dem Grundsatz der Solidarität beruhen und ihr Schwerpunkt auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet sein muss; um ihre Effizienz zu steigern, hat der Ausschuss der Regionen eine Monitoring-Plattform für die Lissabon-Strategie eingerichtet, die es den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ermöglicht, zusammenzuarbeiten und einschlägige vorbildliche Verfahrensweisen auszutauschen;
114. sieht es in diesem Zusammenhang für notwendig an zu klären, welche Rolle künftige Förderinstrumente für die Erreichung dieser Ziele beispielsweise im Hinblick auf verlorene Zuschüsse vs. revolving Fonds spielen sollen;
115. gibt dabei zu bedenken, dass künftige Kohäsionspolitik berücksichtigen muss, dass Wachstum und Beschäftigung sowohl dadurch erreicht werden kann, bestehende Stärken in Europa zu stärken, als auch dadurch, die schwächsten und problembeladensten Regionen aus ihrem Entwicklungsrückstand herauszuführen. Aus der Analyse der damit zusammenhängenden Probleme ergibt sich auch eine Antwort auf die Frage, in welchem Maße kohäsionspolitische Instrumente auf die verschiedenen Typen von Zielgebieten konzentriert werden müssen;
116. fordert die Kommission auf, die Frage nach Wachstum und Beschäftigung nicht nur auf die Kohäsionspolitik zu beziehen, sondern zu hinterfragen, wie die übrigen EU-Politiken insgesamt diesem Oberziel gerecht werden;
117. verweist in diesem Zusammenhang auf die Überarbeitung der Binnenmarkt-Strategie, die parallel zur Debatte über die künftige Ausrichtung der Kohäsionspolitik stattfinden wird;

Welche Rolle sollten künftig lokale und regionale Gebietskörperschaften in der Kohäsionspolitik spielen, um den Herausforderungen zu begegnen?

118. wird bestärkt durch die Aussagen des Kohäsionsberichts, dass eine effiziente Einbindung lokaler und regionaler Akteure zur besseren Administration und zur Erhöhung der Effizienz von Strukturhilfen geführt hat;

119. leitet daraus die Forderung ab, künftig noch stärker als bisher lokale und regionale Gebietskörperschaften an der Planung und Umsetzung von Kohäsionspolitik zu beteiligen;

Wie sollten künftig die Zuständigkeiten in der Kohäsionspolitik zwischen europäischer, nationaler und regionaler Ebene verteilt werden?

120. ist der Meinung, dass die Debatte über künftige Zuständigkeiten in der Kohäsionspolitik stark von künftigen Instrumenten und Zielen der Kohäsionspolitik abhängt, und verweist in diesem Zusammenhang auf die schwierigen Verhandlungen über diese Fragen in der Debatte über die finanzielle Vorausschau 2007-2013;

121. schlägt der Kommission vor, eine umfassende Auswertung der derzeitigen Zuständigkeiten in der Kohäsionspolitik zu erarbeiten und darin auch die Erfahrungen mit dem jetzigen Verwaltungssystem, der Halbzeitbilanz und der Länge der Förderperiode einzubeziehen;

122. fordert ein angemessenes Verhältnis von Top-down-Vorgaben von Seiten der EU und dem notwendigen flexiblen Bottom-up-Ansatz im Hinblick auf die Instrumentenwahl und deren Implementierung;

Wie kann die Kohäsionspolitik wirksamer als bisher die nationalen Anstrengungen unterstützen?

123. ist der Auffassung, dass eine wichtige Voraussetzung für eine verbesserte europäische Unterstützung der Anstrengungen auf nationaler Ebene ein gemeinsames Verständnis über Aufgabe und Ziele der Kohäsionspolitik ist;

124. fordert daher die Kommission auf, mit den Mitgliedstaaten über die gemeinsamen Ziele nationaler und europäischer Instrumente für die Regionalentwicklung zu diskutieren und diese unter Beachtung der Grundsätze von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit noch stärker aufeinander und auf die Bedingungen der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften vor Ort abzustimmen. In diese Debatte sollte auch die Frage nach der künftigen Struktur, der Zahl und den Aufgaben der europäischen strukturpolitischen Instrumente einbezogen werden;

125. unterstreicht die Notwendigkeit zur Fortsetzung der Kohäsionspolitik auch außerhalb der schwächsten und problembeladesten Regionen und stellt dabei die Frage, wie in diesen Regionen die Wirksamkeit der Interventionen erhöht werden kann;

Wie können die Bezugspunkte zwischen nationalen und anderen europäischen Politiken mit der Kohäsionspolitik verstärkt werden?

126. sieht großen Handlungsbedarf darin, die Komplementarität von europäischer Kohäsionspolitik mit den übrigen EU-Politiken stärker zu akzentuieren, und kritisiert in diesem Zusammenhang die im entsprechenden Kapitel des Kohäsionsberichtes gemachten Aussagen als nicht ausreichend;

127. sieht darin einen wichtigen Ansatz, um im Vorgriff auf die Debatte über die künftige Verwendung des EU-Haushaltes eine sinnvolle Lösung zu entwickeln, die die kohäsionspolitischen Ziele und die übrigen Ziele der EU in einen sinnvollen Kontext stellen;
128. unterstreicht auch die Notwendigkeit, mit den Mitgliedstaaten frühzeitig in einen Dialog einzutreten, welche Instrumente auf nationaler Ebene zum Einsatz kommen und wie sie mit künftigen europäischen Instrumenten verknüpft werden können;

Welche neuen Kooperationsmöglichkeiten eröffnen sich den Regionen innerhalb und außerhalb der EU?

129. sieht in der Förderung der Kooperationen von Regionen innerhalb der Europäischen Union ein wichtiges Instrument, um die Effizienz des Fördermitteleinsatzes, künftige Themen und Umsetzungsverfahren auszutauschen und die eigene Leistungsfähigkeit zu vergleichen. Er betont insbesondere, dass die Initiative der Kommission "Regionen für den wirtschaftlichen Wandel", mit der die Modernisierung der Wirtschaft und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden sollen, ein potenziell wichtiges Instrument zur Nutzung und Verbreitung von Erfahrungen und vorbildlichen Praktiken besonders leistungsfähiger Regionen darstellt;
130. sieht in der möglichen Einbindung der lokalen und regionalen Ebene in die kürzlich vereinbarten strukturierten Dialoge mit China und Russland einen guten Ansatz, um neue Wege der Regionalpolitik zu gehen, bestehende Erfahrungen für diese Länder bereitzustellen und damit auch stabilisierend auf die regionale Entwicklung in diesen Staaten zu wirken;
131. sieht den Ausschuss der Regionen als einen wichtigen Mittler, den Dialog von Regionen in Europa zur künftigen Ausgestaltung der Kohäsionspolitik zu fördern und neue Kooperationsformen der grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit zu finden, insbesondere auch im Hinblick auf die Anwendung des neuen Rechtsinstruments für die territoriale Zusammenarbeit;

Beitrag des Ausschusses der Regionen zur Zukunftsdebatte über die Kohäsionspolitik

132. ist der Meinung, dass eine umfassende Beantwortung dieser Fragen teilweise nur im engen Zusammenwirken mit den Betroffenen und den europäischen Institutionen durchgeführt werden kann und sieht daher in der hier vorgelegten ersten Stellungnahme nur den Anfang einer längerfristigen Debatte;
133. weist aber darauf hin, dass über diese Fragen hinaus die künftigen Prinzipien der Kohäsionspolitik im Hinblick auf Konzentration, Partnerschaft, Mehrjährigkeit und Governance umfassend diskutiert werden müssen, und wird daher im Rahmen der Fachkommission für Kohäsionspolitik eine "Prospektivgruppe" einrichten, die als Gesprächspartner für die übrigen Institutionen und als Forum für die weitere Debatte zur Zukunft der Kohäsionspolitik dienen soll;

134. ruft vor allem das Europäische Parlament dazu auf, in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen mögliche Antworten auf die hier gestellten Fragen zu suchen, um damit einen Beitrag zu der Zukunftsdebatte der Europäischen Kohäsionspolitik und damit auch der EU-Politiken insgesamt zu leisten;
135. schlägt daher auf der Basis der entsprechenden Vereinbarung eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Regionalausschuss des Europäischen Parlaments und der Fachkommission für Territoriale Kohäsion des Ausschusses der Regionen vor, um in den nächsten Jahren über die künftigen Herausforderungen der Kohäsionspolitik zu beraten und als Diskussionsforum für Gespräche mit der Europäischen Kommission zu dienen. Dies könnte beispielsweise durch eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus beiden Ausschüssen erfolgen.

Brüssel, den 28. November 2007

Der Präsident
des Ausschusses der Regionen

Michel DELEBARRE

Der Generalsekretär
des Ausschusses der Regionen

Gerhard STAHL

*

* *

II. VERFAHREN

Titel	Vierter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt
Referenzdokument	KOM(2007) 273 endg.
Rechtsgrundlage	fakultative Befassung, Artikel 265 Absatz 1
Geschäftsordnungsgrundlage	
Schreiben der Kommission	30.5.2007
Beschluss des Präsidenten/ Präsidiumsbeschluss	
Zuständig	Fachkommission für Kohäsionspolitik
Berichterstatter	Dr. Michael Schneider (DE/EVP) Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten, Bevollmächtigter des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund
Analysevermerk	
Prüfung in der Fachkommission	14.09.2007
Annahme in der Fachkommission	14.09.2007
Abstimmungsergebnis	einstimmig angenommen
Verabschiedung auf der Plenartagung	28.11.2007
Frühere Ausschusstellungen	Stellungnahme vom 26. Juli 2005 " <i>Überprüfung der Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung</i> " (CdR 77/2005), Stellungnahme vom 16. November 2005 zur <i>Mitteilung der Kommission "Die Kohäsionspolitik im Dienste von Wachstum und Beschäftigung. Strategische Leitlinien der Gemeinschaft für den Zeitraum 2007-2013"</i> (CdR 140/2005), Stellungnahme vom 16. November 2005 zur <i>Mitteilung der Kommission "Dritter Zwischenbericht über den Zusammenhalt: Auf dem Weg zu einer Partnerschaft für Wachstum, Beschäftigung und Zusammenhalt"</i> (CdR 141/2005), Stellungnahme vom 26. April 2006 " <i>Die Kohäsionspolitik und die Städte: Der Beitrag der Städte und Ballungsräume zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen</i> " (CdR 38/2006), Stellungnahme vom 11. Dezember 2006 zur <i>Mitteilung der Kommission "Die Strategie für Wachstum und Beschäftigung - Vierter Zwischenbericht über den Zusammenhalt"</i> (CdR 249/2006), Stellungnahme vom 23. März 2007 "Die Hebelwirkungen der Europäischen Kohäsionspolitik" (CdR 118/2006).